



Verlag Ulstein. Fernsprech-Zentrale Ulstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600-3607, für d. a. Fernverkehr Amt Dönhoff 3608-3610. Telegraf.-Ann.-Adresse: Ulsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wochentlich 1 Mark. Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 30 Pfennig Bestelgeld.

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtbau (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: non-Zelle 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: non-Zelle 20 Pfennig. Keine Verkäufe für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

15 Pf. [Anwärter 20 Pf.] • Nr 599 • A 303

SONNABEND, 20. DEZEMBER 1930

MORGEN-AUSGABE • V

Vorstoß für großdeutsche Zollunion

Ein Antrag im österreichischen Nationalrat

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

WIEN, 19. DEZEMBER

Am Österreichischen Nationalrat hat heute eine Reihe von Abgeordneten, darunter der sozialistische Prälat Dr. Drexel, den Antrag eingebracht, einen 21gliedrigen Ausschuss einzusetzen mit der Aufgabe, die Vorbereitungen zur Schaffung einer österreichisch-deutschen Zollunion zu treffen. In der Begründung wird an den früheren Beschluß des Nationalrats vom 27. Mai 1928 erinnert, die Angleichung der österreichischen Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse an die des Deutschen Reiches beschleunigt durchzuführen als unerlässliche Voraussetzung für eine glücklichere Zukunftsentwicklung Österreichs.

Die allgemeine Wirtschaftskrise und Gefährdung der handelspolitischen Verhältnisse Europas zwingt den Nationalrat, den bisherigen Weg der Zollangleichung zu verlassen. Entgegen dem früheren Beschluß des Reichstags vom 8. Juli 1928, die Handelsverhandlungen mit Österreich im Sinn und Ziel des Beschlusses einer österreichisch-deutschen Zoll- und Wirtschaftsunion

zu führen, soll jetzt ähnlich, wie es auf dem Weg der Rechtsangleichung geschah, auch die Bildung handelspolitischer Ausschüsse betrachtet werden, die alle sachlichen Voraussetzungen für eine österreichisch-deutsche Zollunion schaffen sollen.

Der Antrag, der auf die Anregung der österreichisch-deutschen Arbeitsgemeinschaften zurückgeht, hebt bereits vor der Vermittlung, daß die Parteien schon ihre Vertreter für den Ausschuss nominiert gemacht haben.

Eine ganze Reihe von Anträgen der verschiedenen Parteien liegt vor, aus dem Angleichungs- und Anknüpfung zu fördern. So haben auch die Feinwährungsabgeordneten, denen fürstl. Starhemberg, einen Antrag auf beschleunigte Herbeiführung der Zollunion eingebracht.

Die Großdeutschen überreichten dem Antrag des Professors Raab im Reichstag, das in gemeinsamen Beratungen des Reichstags und des Nationalrats vor der Auflösung beider Parlamente in seiner Stellung beschlossene neue Strafgesetzbuch jetzt als Entwurf dem Nationalrat wieder vorzulegen.

Aktion der Gottlosen

Die „Internationale der Gottlosen“, das Hauptquartier der Kampfortorganisation, die die Dritte Internationale seit Jahren in vorberichter Linie ihrer antireligiösen Front einstellt, soll nach Berlin verlegt werden. Die Aktion ist noch nicht befristet, es ist noch nicht einmal das übliche Dementi aus Moskau eingetroffen. Aber die Nachricht mag in dieser Form zutreffen oder nicht, sicher ist jedenfalls das eine, daß die deutschen Kommunisten nach Moskauer Direktiven zur Zeit eine vielfach verstärkte kulturpolitische Propaganda-Aktion vorbereiten.

Es sehen den psychologischen Augenblick gekommen. Das Anwachen der nationalsozialistischen Welle wird von der kommunistischen Führung durchaus nicht zu ungern gesehen, wie man nach den seitigen totalen Misslichkeitsimpfen glauben könnte. Zu der Berliner St. B. D. Zentrale herrscht die feste Überzeugung, daß man früher oder später den Eisenmantel der über den besorgenen Konturschiffe dieser politischen Wirtz-Spekulation an sich ziehen werde. Man rechnet, nicht zu Unrecht, in absehbarer Zeit mit einem Nachlassen der bindenden Kraft zwischen dem nationalsozialistischen und dem sozialistischen Element der Bewegung, sobald der Druck der wirtschaftlichen Not den Scheit der Bürokratie mehrmals und das Fiktivwerden der Kompromisse und Scheinabsichten in seiner ganzen Armutigkeit erkennen läßt. Auf diesem Moment ist das kommunistische Kampfrogramm abgestellt. Es mehr insofern der Sturmbau Stützern die sozialdemokratische Reaktion erleichtert, desto höher glaubt man den politischen Gewinn ansetzen zu können. Die Kampfrichtung zeigt rechts und links vertriebt als zunächst nahezu parallel, wie sich immer wieder in der Propaganda- und Parlamentsarbeit zeigt; nur mit dem Unterschied, daß auf kommunistischer Seite im Hintergrund eine Vereinfachungsstellung gebaut wird, die einmal die ausgefallenen Battalione Stützern aufnehmen soll.

Wobei bietet gerade das kulturpolitische Kampffeld der kommunistischen Agitation besonders günstige taktische Möglichkeiten. Der eine Gegner, die Sozialdemokratie, ist durch Inkonsistenzpositionen Rückwärtsnahme auf das Zentrum fast gehemmt; und der Nationalsozialismus hat an Gegenwirkung so gut wie nichts anzufangen. Seine ungeheure Begeisterung den „massigen“ Glaubensstoffe seine völlige Abhängigkeit in allen konkreten kulturpolitischen Fragen, soweit sie nicht, wie das Schulprogramm, unter dem Gesichtspunkt größter Nennlichkeit stehen, lassen alle Angriffsmöglichkeiten für die kommunistische Agitation offen. Der Arbeiter, aus welchem weltanschaulichen Lager er auch komme, Reicht der weltlichen Morallehre die eine Weltanschauung zu sehen versuchen. Im Weltanschaulichen gegenüber. Er wird sich aber der materialistischen Vereinfachung, die seinen wirtschaftlichen und politischen Kampf in konsequenter Ausprägung auf das Geistliche überträgt, nur dann verschließen, wenn seine konfessionelle Anschauung noch lebendig und widerstandsfähig ist. An diesem Punkte anzusetzen, das soziale Element des Proletariats aufzureizen gegen die heftige Bindung, die ihm als die geistige Ethik der Reaktion bezeichnet wird, ist der Leitgedanke der kommunistischen Propaganda-Aktion.

Um eine Anbahnung von der Reichsfront dieser Bewegung zu geben: von den 37 000 Reichsamtstimmverpflichtungen von November 1929 bis Mai 1930 in Berlin erfolgten, ist mindestens die Hälfte auf das Konto der proletarischen Freiheitsverbände zu setzen. Um ganzen Reich gibt es heute etwa 120 000 registrierte proletarische Freier, denen noch zahlreiche Jugendverbände angehören. Das ist die Struktur, die bei einer Kampfabgabe bei der Durchführung des Kampfrogramms ausfallen soll. Ob diese Kampfabgabe mit der Aktion auf eine verlässliche Basis gestellt werden. Die Internationale der proletarischen Freier hat sich im November auf ihrem Kongreß in Berlin getrennt, der hiesige Flügel gehört jetzt der kommunistischen Führung. Wie Kulturkampfverbände der „Ira“ (Untereingemeinschaft für Arbeiterverband) werden mit der Opposition im deutschen Freiheitsverband und den eigenen Verbänden proletarischer Freier zu Kampfgemeinschaften zusammengeschlossen, die sich über das ganze Reich erstrecken sollen. Die Richtlinien, wie sie Anfang November auf dem kommunistischen Freiheitskongreß in Berlin festgelegt worden sind, enthalten folgende Hauptpunkte: „Durchführung selbständiger kulturpolitischer Propaganda unter enger Verbindung mit den politischen und wirtschaftlichen Kampfabgaben“. Was darunter zu verstehen ist, deutet ein Zitat an, das sich im Freier abgeheißelt hat. Damals erschienen 150 Erntehelfer noch einem Umzug mit Transporten gefolgt von dem Amtsgericht Rosenfeld, um demonstriert ihren Ausrücken zu erklären. „Es Ziel gegen die Richtlinien fest, bis zum 1. April 1931 mindestens 100 000 Reichsamtstimmverpflichtungen zu erreichen, von denen

Bürgerverschwörung gegen Mussolini

Der Prozeß gegen die Witwe de Bosis

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

ROM, 19. DEZEMBER

Kommenden Montag beginnt vor dem „Sondergerichtshof vom Schilde des Staates“ der Prozeß gegen die Witwe des italienischen Ministers de Bosis, die sich zusammen mit acht anderen Angeklagten wegen aufrührerischer Propaganda gegen den Staat zu verantworten hat. Frau de Bosis, eine der besten bekannten Erscheinungen der römischen Gesellschaft, ist 65 Jahre alt und amerikanischer Abstammung.

Die Anklageschrift wirft dem Angeklagten vor, daß sie in Rom und außerhalb während dieses Jahres einzeln und gemeinsam einen Umsturz gegen die bestehende Staatsordnung geplant hätten, indem sie durch Verbreitung von Flugzetteln zur Revolution aufgerufen mit dem Zweck, einen bewaffneten Aufstand und den Bürgerkrieg hervorzurufen. Die Flugzettel erschienen

unter dem Titel eines „Bundes zur nationalen Befreiung“. Unter den Angeklagten befindet sich ein Journalist, der in dem römischen Büro einer amerikanischen Agentur tätig war.

Aus der Anklageschrift geht hervor, daß es sich um eine, hauptsächlich an die liberal-republikanisch gemintete Kreise des Bundes gerichtete Bewegung gehandelt hat. Obwohl die Polizei bei der Beschlagnahme von den Beschlagnahm eine vollständige Adressenliste aller jener beschlagnahmten haben soll, an die die Flugzettel des „Bundes zur nationalen Befreiung“ gerichtet werden, sind bis jetzt nur die Hersteller und die Verteiler festgenommen worden.

Der Prozeß erweckt wegen der amerikanischen Abkündigung der Witwe de Bosis und wegen der Vorwürfe, daß es sich nicht um eine kommunistische Aktion handelt, auch in nichtitalienischen Kreisen großes Interesse.

Ende des Banken-Konflikts

Einigung in letzter Stunde

Nach außerordentlich langen und mühsamen Verhandlungen ist gegen Abend, wie die Deutsche Bankenszene mitteilt, im Reichsarbeitsministerium zwischen den angestrebten-Organisationen und dem Reichsverband der Bankleitungen eine freie Vereinbarung über die Veränderung des am 31. Dezember d. J. ablaufenden Reichsaktienvertrages zustande gekommen. Auf Verlangen des vom Ministerium bestellten unparteiischen Vorsitzenden, Regierungsrats Dr. Feuser, wurde einmütig über folgende Abänderungen des am 11. Dezember gefassten Schlußbeschlusses entschieden: Die in dem Schlußbeschluss enthaltene Stillelegung der automatisierten Geschäftsleitung wird wieder aufgehoben. Als Geschäftsleitung wird eine solche von 6 u. 9. für die Dauer des Zeitrafs festgelegt mit der Aufgabe, daß ab 1. Januar 1931 das Gehalt nicht höher sein darf als das bisherige. Auf dieser Basis kam eine freie Vereinbarung zustande.

Vergleich Reich—Thüringen?

Ein Vermittlungsversuch Bumkes

Wie offiziell mitgeteilt wird, hat der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes, der Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke, die Parteien im Prozeß Reich—Thüringen für Montag, den 22. Dezember, zu einer Besprechung nach Leipzig gebeten. Präsident Bumke will den Parteien im Rahmen dieser Besprechung einen Vergleichsvorschlag unterbreiten und auf beide Teile verweisen, den Konflikt zwischen Berlin und Weimar beizulegen.

*

Der im Zusammenhang mit dem Konflikt Thüringen—Reich in Fragestellungsbereich genannte sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete in Götting am Freitag aus der Haft entlassen worden, nachdem er nach einer vorherigen Rücksprache mit seinem Reichstagskollegen erneut verurteilt worden ist. Eigentlich Verurteilung nach hat sich dieser bei abgehenden an ihn gerichteten Fragen erneut auf sein Rehabilitationsgesuchen berufen.

Nyrow endgültig entlassen

MOSKAU, 19. DEZEMBER

Die Zentralgewalt der Comintern entließ den Vorsitzenden des Bolschewikgenossenschafts der Comintern Nyrow seinem Berufsamt gemäß seines Volens und ernannte Molotoff zu seinem Nachfolger.

* Die Arbeitgeber des Einzelhandels haben, wie die „Vossische Zeitung“ erklärt, die Absicht, noch für die allernächste Zeit einen Abbau der Gehälter zu erreichen. Da die Verhandlungen mit den Inanspruchgenommenen Verbänden zu keinem Ergebnis geführt haben, soll in den nächsten Wochen verhandelt werden, einen Gehaltsabbau von etwa 10 u. 8. nach für die Gehälter des Januar durchzuführen. Dagegen halten die Arbeitnehmer den Abkündigung des augenblicklichen Tarifes bis zum 28. Februar 1931 fest.